

Zürn, Michael

Article — Digitized Version

Kontrolle oder Entwicklung? Der Beitrag einer neuen Weltinformationsordnung zum Frieden

Der Überblick: Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Quartalsschrift des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Zürn, Michael (1986) : Kontrolle oder Entwicklung? Der Beitrag einer neuen Weltinformationsordnung zum Frieden, Der Überblick: Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Quartalsschrift des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, ISSN 0343-0553, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg, Vol. 22, Iss. 4, pp. 5-9

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123014>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Kontrolle oder Entwicklung?

Der Beitrag einer Neuen Weltinformationsordnung zum Frieden

von Michael Zürn

Die Auseinandersetzungen um die Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung sind weitgehend in einzelstaatlichen und wirtschaftlichen Interessen begründet. Daß bei der Diskussion um grenzüberschreitende Datenflüsse friedensfördernde Absichten nicht im Mittelpunkt stehen, zeigt jedoch nicht nur die aktuelle Auseinandersetzung, sondern auch ein Blick auf Entstehungsgeschichte und Anwendung zweier älterer Informationstechnologien: Telegraphie und Funk.

Kommunikation und Frieden sind zwei zentrale Kategorien der Sozialwissenschaften. Trotzdem sind differenzierte Arbeiten über das Verhältnis von beiden zueinander eine Seltenheit, vielmehr herrschen grobschlächtige und außerdem stark ideologieverdächtige Auffassungen vor.

Die westliche Auffassung begreift freie Informationsflüsse und Kommunikation (*free flow of information*) als eine Voraussetzung des friedlichen Umgangs der Menschen und auch Staaten miteinander. Dem *free flow* wird die Funktion zugesprochen, Verständnis füreinander zu wecken, Konflikte abzubauen und sogar Interessenausgleich mit herzustellen zu helfen – je mehr Information, desto besser, desto friedlicher, desto sicherer sei die politische Situation. Das Prinzip des freien Informationsflusses hat seine Grundlage in der in den meisten westlichen Industriestaaten mit Verfassungsrang ausgestatteten Fundamentalnorm der Freiheit der Information (z.B. Art. 5 des Grundgesetzes). Dabei wird eine »freie Presse«, also die Trennung von Medien und Exekutive, nicht nur als notwendig zur Verwirklichung des Menschenrechts auf »freie Meinungsäußerung«, sondern auch als Voraussetzung für internationalen Frieden angesehen.

Die in den meisten Ländern der Dritten Welt vorherrschende Auffassung hingegen thematisiert weniger das Verhältnis von Kommunikation und zwischenstaatlichem Frieden, sondern konzentriert sich auf das Verhältnis von

Kommunikation und Entwicklung, also auch einer grundlegenden friedensfördernden Idee. Dabei wird argumentiert, daß Regierungsapparate in Entwicklungsländern noch so instabil sind, daß eine freie Presse und besonders der freie internationale Fluß von Informationen einer sozialen Entwicklung hinderlich sei oder diese sogar unmöglich machten. Notwendig sei hingegen ein Journalismus, der dem Prozeß des *nation-building* verpflichtet ist – ein »Entwicklungsjournalismus«.

Als schädlich für die soziale Entwicklung und somit potentiell unfriedlich wird in jedem Fall der freie internationale Fluß von Informationen angesehen, da dieser wegen der überlegenen Marktpositionen der westlichen Industriestaaten im Medienbereich nicht frei, sondern ungleich sei und dadurch vorhandene Macht- und Verteilungsstrukturen aufrechterhalte und verstärke.

Die politische Konsequenz der Argumentation der Staaten der Dritten Welt ist die Forderung, das Prinzip des *free flow* durch ein Prinzip des *prior consent* (vorhergehende Zustimmung) zu ersetzen, wonach der jeweilige Empfängerstaat die Möglichkeit erhält, zu entscheiden, welche der ankommenden Informationen an die Gesellschaft weitergeleitet werden.

Gegensätzliche Interessen

Beide Auffassungen beanspruchen mithin, daß die je entsprechende Vor-

stellung von einer internationalen Kommunikationsordnung dem Frieden dienlich ist.

Handelt es sich somit bei dem Gegensatz zwischen *free flow* und *prior consent*, also zwischen »internationaler Informations- und Kommunikationsfreiheit« und »nationaler Informations- und Kommunikationsouveränität« um eine Auseinandersetzung darüber, wie eine angemessene Friedensordnung auszusehen hat? Oder handelt es sich um einen profanen Interessengegensatz, der letztlich nur zwei Seiten eines gleichbegründeten Staatsbehauptungsinteresses widerspiegelt, der sich allerdings verschieden vorträgt: *expansiv* im Falle der Industrieländer, *protektiv* im Falle der Entwicklungsländer?

Telegraphie für Militär und Wirtschaft

Internationale Kommunikation im heutigen Sinne begann mit der Erfindung des Telegraphen. Diese Technik wurde zunächst zu militärischen Zwecken und wenig später dann zur Übermittlung von Börsenkursen und Wirtschaftsmeldungen benutzt. Der Ursprung grenzüberschreitender Kommunikation war in dem Interesse des Militärs und internationaler Unternehmen nach Informationen zur besseren Heeres- bzw. Unternehmensführung begründet. Die wichtigsten *Nachrichtengagenturen*, die sich die vorhandene Technik und den vorhandenen Informationsbedarf internationaler Unternehmen zunutze machten, waren damals: die französische *Agence Havas* (1835 gegründet), das *Telegraphische Correspondenzbureau* von Bernhard Wolff (1848) und *Ernst Reuters* Agentur (1851). Das Verhältnis dieser drei großen europäischen Nachrichtenagenturen untereinander, die in veränderter Form als *Agence France Press*, *dpa* und *Reuters* noch heute existieren, war zunächst durch scharfe Konkurrenz gekennzeichnet. Bald gerieten die drei Agenturen aufgrund dieser scharfen

Michael Zürn, M.A., ist wissenschaftlicher Angestellter bei der Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen und arbeitet an einer Studie über »Möglichkeiten und Bedingungen einer gerechten internationalen Regulierung von transnationaler Kommunikation«.

Konkurrenz jedoch in finanzielle Schwierigkeiten, was zwei gewichtige Entwicklungen zur Folge hatte:

1. Die Regierungen hatten inzwischen die mögliche machtpolitische Bedeutung der Agenturen erkannt und stützten sie finanziell. Die Agenturen gerieten in Abhängigkeit von den Regierungen und wurden zu quasi-staatlichen Agenturen.
2. Als Folge der politischen Intervention in den Nachrichtenmarkt kam es 1870 zu einer Aufteilung der Einflußzonen der Nachrichtenagenturen in der Welt. Entsprechend der politischen Einflußsphären der drei Länder wurde im »Prinzip der geschäftlichen Ausschließlichkeit« die Zuständigkeit der Nachrichtenagenturen bestimmt.

Propaganda-Agenturen

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem alle drei großen Nachrichtenagenturen nicht Informationen, sondern nationalistische Kriegspropaganda verbreiteten, fand im Rahmen des Versailler Friedensvertrages eine teilweise Neuordnung des Nachrichtenmarktes statt. Dabei wurden alle Einflußzonen der deutschen Nachrichtenagenturen zu monopolfreien Gebieten erklärt. Gleichzeitig konnten die amerikanischen Agenturen Marktgewinne etwa in Südamerika verzeichnen.

Erst im Zuge der Dekolonisation und durch das amerikanische Beharren auf dem *free flow*-Prinzip nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kartelle des 19. Jahrhunderts vollends aufgelöst und die Ware »Nachricht« weitgehend nach Marktprinzipien produziert und verteilt. Diese Ordnung bringt jedoch höchst ungleiche Verteilungsleistungen. Die überwältigenden Marktanteile westlicher Nachrichtenagenturen an den gedruckten Meldungen illustrieren aber nicht nur die Vorherrschaft der westlichen Industrieländer im internationalen System, sie beinhalten darüber hinaus Aspekte von struktureller Gewalt.

Die quantitative Ungleichverteilung des Nachrichtenaufkommens hätte keine Folgen, hinge man einem neutralen Nachrichtenbegriff an. Das Zustandekommen von Nachrichten wird jedoch durch drei Filter gleichsam subjektiviert: *ideologisch*, durch die Werte und

Normen des westlichen Agenturjournalisten; *strukturell*, durch die Verwendung der Nachricht als »Ware«, was zu einer oberflächlichen und sensationslusternen Berichterstattung führt; *machtpolitisch*, durch die bewußte staatliche Instrumentalisierung der Auslandsagenturdienste, wie z.B. in den Fällen Chile 1973 und Nicaragua heute.

Bedingt durch diesen dreifachen »Verzerrungsfilter« und die Überlegenheit westlicher Nachrichtendienste im Bereich der internationalen Meldungen erhalten wir über die Dritte Welt und vor allem die Dritte Welt über sich selbst ein Bild, welches der kulturellen Identität, sicherlich auch ein Element einer friedensfördernden Ordnung, nicht gerade zuträglich ist.

Friedenshoffnungen durch Funk und Ätherkrieg

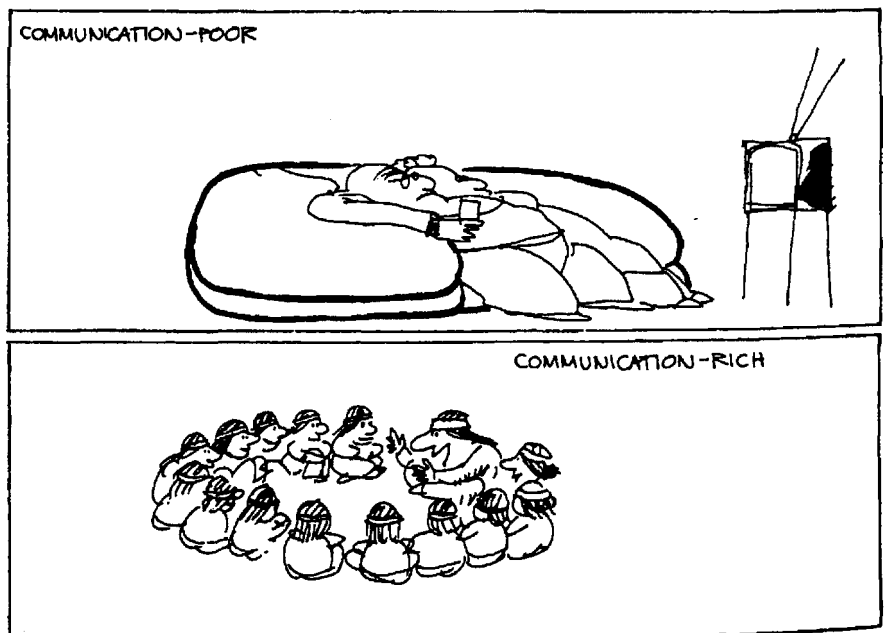
Zur Jahrhundertwende kontrollierte Großbritannien 65% des Weltkabelnetzes. Diese Vormachtstellung war natürlich auch von erheblicher militärischer Bedeutung. Während des Burenkrieges etwa stellte Großbritannien seine Kabel nur pro-britischen Nachrichten zur Verfügung. Auch das deutsche Militär pochte nicht nur auf den weiteren Ausbau des deutschen Seekabelsystems, sondern forderte darüber hinaus die Errichtung eines drahtlosen deutschen Weltfunknetzes. Damit gelangte nach

der Telegraphie und der Telephonie eine dritte Technik der internationalen Informationsübertragung zur Reife: *das Radio*.

Auch die Entwicklung dieses Mediums, obwohl wiederum vor allem militärisch bedingt, rief zunächst Friedenserwartungen hervor. So meinte Albert Einstein noch 1930: Der Rundfunk »kann (...) dazu beitragen, das Gefühl gegenseitiger Fremdheit auszutilgen, das so leicht in Mißtrauen und Feindseligkeit umschlägt«.

Die Entwicklung nahm aber eine ganz andere Richtung. Binnen weniger Jahre stieg die Zahl der Sender und vor allem ihre Sendestärke so stark an, daß der Weltrundfunkverein (WBU) bei der technischen Frequenzabstimmung dem Frequenzexpansionismus aller Industriestaaten machtlos gegenüberstand. Jedes Land versuchte in fast allen anderen Ländern soviel wie möglich Propaganda zu senden. Schon bald entstand eine Situation, die Hans Bredow 1926 als »Ätherkrieg« bezeichnete.

Abgesehen von nationalsozialistischen Exzessen, die bis zur Verhängung der Todesstrafe für das Hören von ausländischen Sendern reichten, war das *jamming* – die Abschottung des eigenen Raums durch Störsender – die beliebteste, aber recht erfolglose Methode zur Abwehr gegenüber ausländischen Propagandasendungen. Aber selbst dieses *jamming* wurde auch offensiv genutzt. So tauchte kurz nach Ausbruch



Zeichnung: Claudius



Video-Kameras im Tschad – hier allerdings nicht als Unterhaltungsmedium eingesetzt, sondern zur Kontrolle von anti-libyschen Demonstranten.

des deutsch-sowjetischen Krieges sogar im Inlandsnachrichtendienst des Deutschlandsenders eine Geisterstimme von *Radio Moskau* auf, die in Sprechpausen Zwischenrufe wie »Lügen, Lügen«, »Glaubt es nicht« einflocht.

Nicht Einsteins Verständigungshoffnungen, sondern die Aussagen des NS-Rundfunkagitators Hans Fritzsche beschreiben die tatsächliche Wirkung des Radios zu jener Zeit:

»Oft hört man aus den Worten einer wilden Welle, geradezu die primitive Freude heraus über den Besitz einer Kanone, die durch jede Mauer schießt, auch wenn ihre Projektile nur giftige Worte sind.«

Eine solche unfriedliche Nutzung von Medien beschränkt sich aber nicht auf die Zwischenkriegsperiode. So fühlt sich Richard Dill, bis 1979 Medienkoordinator der ARD, auch noch 1983 veranlaßt zu schreiben:

»Kommunikation ist der (gerade noch) friedliche, gewaltlose Vorgang, mit dem wir Politik machen, Macht, wirtschaftliche Macht, politische Macht suchen, ausüben, verteidigen, den Einfluß anderer einschränken und ausschalten. Kommunikation ist das, was wir betreiben, wenn wir Veränderungen anstreben. Zur Kommunikation gehört auch der Verbalterror kurz vor dem Abdrücken.«

Und auch heute noch klagen Entwicklungsländer über einen Mangel an störungsfreien Kurzwellenfrequenzen für den nationalen Kommunikationsbedarf, während die Industrieländer mehr Kurzwellenfrequenzen für inter-

nationale Sender des Typs *Voice of America* und *Radio Moscow* fordern.

Neues Medium Fernsehen

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Bedeutung des Radios jedoch relativ gesehen zurück – aufgrund der Verbreitung einer weiteren Neuerung der Kommunikationstechnik: dem Fernsehen. Zwar ist auch die Verteilung von Fernsehempfängern international und innerhalb der Länder der Dritten Welt sehr ungleich; man kann aber davon ausgehen, daß ein Gerät in der Dritten Welt mehr Benutzer hat als z.B. in Europa. In den großen lateinamerikanischen Ländern etwa kann fast von einer »flächendeckenden« Ausstattung mit Fernsehempfängern gesprochen werden.

Wesentlich ungleicher als die Verteilung von Fernsehempfängern ist jedoch die Kapazität zur Programmproduktion. Aus dieser Situation heraus entsteht in der Dritten Welt ein *software gap*, d.h. die technische Kapazität zur Sendung und zum Empfang von Programmen schreitet der Fähigkeit zur Programmproduktion erheblich voraus. Die Folge dieser Situation ist, daß Entwicklungsländer ihre Programme mit westlichen Sendungen bzw. Serien und zur Deckung der Kosten für die wenigen Eigenproduktionen mit Werbung von transnationalen Unternehmen füllen.

Laut einer UNESCO-Studie exportierten die USA zu Beginn der 70er Jahre 150000 Programmstunden jährlich, Großbritannien und Frankreich rd. 20000 und die Bundesrepublik rd. 6000 Programmstunden jährlich; diese Verteilungsmuster bestätigten sich in einer Wiederholungsstudie in ihren groben Zügen.

Einwegfluß

Diese Abhängigkeit der Entwicklungsländer von westlichen Programmexporten wurde lange Zeit als entwicklungsfördernd und somit als wohlfahrts- und friedensstiftend angesehen. Die Argumentation war, daß Fernsehen einen modernen Menschen mit Leistungs- und Konsumorientierung schaffe, der der Dritten Welt aus Unterentwicklung und Verharrung in der Tradition heraushelfen könne. Doch die westlichen Programme brachten nicht die gewünschten Ergebnisse, sondern bewirkten vor allem

- die Übernahme westlicher Konsumbedürfnisse, ohne die gleichzeitige Übernahme einer entsprechenden Leistungsethik (was zuweilen am Verhalten von Eliten in der Dritten Welt beobachtet werden kann; »... lieber einen zweiten Rolls Royce, als eine Modernisierung der Hazienda«);
- eine normative Verwestlichung, ohne die dazu passende Umformung der Sozialstruktur einer Gesellschaft;
- die Schaffung eines idealisierten Bildes des Wohlstandes im Norden, was nicht zuletzt zu halben Völkerwanderungen von Zentralamerikern in die USA führt.

Es ist unschwer abzusehen, daß diese Resultate eines Einwegflusses von Fernsehprogrammen keinen Beitrag für eine friedensfördernde Entwicklung im internationalen Maßstab leisten können.

Ökonomische Interessen

Die Diskussion der Entstehung, Anwendung und Auswirkungen der Informationstechnologien Telegraphie und Funk auf die internationale Kommunikation und den Frieden kann in den folgenden drei Punkten zusammengefaßt werden, die auch für das Verständnis und die Diskussion sogenannter »neuer Informationstechnologien« zutreffend sind.

Erstens: Die Entstehung von Informationstechnologien ist nicht in erster Li-

nie das Ergebnis gesellschaftlicher Bedürfnisse nach Kommunikation. Vielmehr beruht die Entwicklungsdynamik auf machtpolitischen und ökonomischen Interessen.

Zweitens: Das Prinzip des *free flow of information* und die strikte Trennung von Presse und Exekutive ist auch in westlichen Gesellschaften keineswegs unverletzlich. Dies zeigte die Analyse des Nachrichtenkartells. Viele dieser westlichen Staaten wollen angesichts der monopolartigen Vorherrschaft der USA im Bereich des computergestützten Datenflusses das Prinzip des *free flow* nicht oder nur sehr widerwillig akzeptieren. Das Beharren auf dem *free flow* in der internationalen Debatte muß mithin als eine normative Verkleidung von Interessen der westlichen Staaten und Ökonomien angesehen werden.

Drittens: Das Prinzip des *free flow*, soweit bis heute angewandt, ist nicht in der Lage, eine friedensfördernde Wirkung zu entfalten. Wenn die Empfängerstaaten keinerlei Kontrolle über die Informationen haben, die aus anderen Ländern kommen, besteht die Gefahr eines propagandistischen Mißbrauchs, wie das Beispiel des »Ätherkrieges« zeigt. Auch die neuen »direkt empfangbaren Rundfunksatelliten« könnten langfristig zu solchen Zwecken mißbraucht werden. Falls die Empfängerstaaten eine gewisse Kontrolle über die aus anderen Ländern importierten Informationen haben – Nachrichten, herkömmliche TV-Programme –, wird zwar die Möglichkeit der propagandistischen Nutzung der Medien ausgeschlossen: Die Verbindung des Prinzips des *free flow* mit der Nutzung von Information als Ware und dem weitverbreiteten *software gap* macht aber vor allem kleine und unterentwickelte Länder von den Programmen und Nachrichten der westlichen Medien abhängig. Dadurch wird eine tiefgreifende kulturelle Durchdringung von bis dahin eigenständigen Kulturen durch westliche Werte möglich, die die Entwicklungsprobleme der meisten Länder der Erde noch erheblich verschärfen.

Eine neue Ordnung als Lösung?

Wenn die alte Informationsordnung keinen Beitrag zum Frieden leisten kann, so scheint die angemessene politische Lösung die Schaffung einer »Neu-

en Weltinformations- und Kommunikationsordnung« (NWIKO) zu sein. Kann aber eine solche, wie sie von der Dritten Welt seit Mitte der 70er Jahre im Rahmen der Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen (UNESCO und ITU) gefordert wird, wirklich einen Beitrag zum Frieden leisten?

Die Forderungen lassen sich grob in vier Kategorien zusammenfassen:

- Aufbau von leistungsfähigen Medienstrukturen in der Dritten Welt durch Ressourcentransfer bzw. Medienhilfe des Nordens – die Forderung nach einem *free and balanced flow*;
- Stärkung der nationalen Kontrolle von internationalen Kommunikationsflüssen – die Forderung nach einem *prior consent* der Empfängerstaaten;
- ein fairer Anteil an den neuen Informationstechnologien und der Zugang zu den Satellitenparkplätzen auf der geostationären Umlaufbahn – die Betrachtung neuer Informationstechnologien und ihrer natürlichen Voraussetzungen als *common heritage of mankind*;
- Ermöglichung der Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt im Kommunikationsbereich, um der Marktmacht der Industrieländer wirksam entgegenzutreten – die Selbstaufforderung zu einer *collective self-reliance*.

Bedenkliche Gewichtung

Es erscheint als wenig sinnvoll, diese verschiedenen Elemente einer neuen Informationsordnung gegeneinander auszuspielen. Trotzdem ist die praktische Gewichtung, wie sie von den Vertretern vieler Entwicklungsländer vorgenommen wird, bedenklich. Langfristig kann nur die Errichtung eigener Medien- und Informationskapazitäten die vorhandenen Ungleichgewichte im Bereich der internationalen Kommunikation abbauen – zumal die nationale Kontrolle internationaler Informationsflüsse ohnehin bereits in Teilbereichen existiert. Die westlichen Nachrichtenagenturen verkaufen ihre Produkte kaum direkt an Zeitungen in der Dritten Welt, sondern vorwiegend an deren nationale Nachrichtenagenturen, die die Meldungen dann an ihre Zeitungen weiterleiten. Ähnliches gilt für den Bereich der Fernsehprogramme. Das ei-

gentliche Problem der Dritten Welt ist demnach nicht eine mangelnde Kontrolle über Informationsflüsse (die neue Problematik von grenzüberschreitenden Datenflüssen einmal ausgeklammert), sondern das Dilemma, nur zwischen westlichen Produkten auswählen zu können. Trotzdem scheinen die meisten Politiker der Entwicklungsländer mehr an »Kontrolle« und weniger an »Entwicklung« interessiert zu sein. Zwei Beispiele sollen dies illustrieren:

- Auf Anregung Jugoslawiens wurde Mitte der 70er Jahre ein Nachrichtenpool der Blockfreien als Gegengewicht zu den westlichen Nachrichtenagenturen gegründet. Dem Pool gehörten zwar 1983 bereits 81 Staaten der Dritten Welt an, er scheiterte aber als Konkurrent für die großen Nachrichtenagenturen. Warum? In peinlicher Beachtung nationaler Souveränität verzichtet man auf die journalistische Bearbeitung der eingehenden Meldungen. Das Resultat sind langatmige Berichte von offiziellen Verlautbarungen mit oft protokollarischem Charakter. Diskussionen über Kontroversen innerhalb der Dritten Welt, Kurzinformationen oder Hintergrundberichte gibt es nicht.
- 1982 wurde im Rahmen der UNESCO ein *Internationales Programm für die Entwicklung von Kommunikation (IPDC)* ins Leben gerufen. Dieses Programm hat die Aufgabe der Förderung der Medienstruktur in der Dritten Welt. Es ist zwar nach wie vor finanziell stark minderbemittelt, auffällig ist jedoch das geringe Interesse der Vertreter der Dritten Welt an einer Erhöhung des Budgets.

Interesse an Satelliten

Während also das Interesse an Möglichkeiten zum Aufbau von unabhängigen Medien in der Dritten Welt gering zu sein scheint, ist das Interesse am Erwerb von teuren Satelliten erheblich höher. Länder wie Indonesien, Indien, die Philippinen, Algerien, Nigeria, Brasilien, Peru u.a. sind dabei, Satelliten zu erwerben, haben sie bereits erworben oder mieten INTELSAT-Satelliten. Neville Jayaweera, ein indischer Kommunikationswissenschaftler, sieht in diesem Verhalten der meisten Entwicklungsländer eine Wiederholung der modernisierungstheoretischen Fehler der

Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung: Frei oder ausgewogen?

In der Forderung nach einer »Neuen Internationalen Informationsordnung« kam Anfang der 70er Jahre die Unzufriedenheit der Dritten Welt mit den bestehenden Ungleichgewichten und Abhängigkeiten im internationalen Informationsfluß zum Ausdruck. Der bewußt in Anlehnung an die Formel von der »Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung« eingeführte Begriff bestimmte bis Mitte der 80er Jahre weitgehend die Debatte zwischen Nord und Süd in der für Kommunikationsfragen zuständigen Organisation UNESCO und teilweise auch in den Vereinten Nationen selbst.

Ausgehend von den traditionellen Massenmedien (Presse, Nachrichtenagenturen, etc.) wurden seit Anfang der achtziger Jahre auch neue Informations- und Kommunikationstechnologien (Satelliten, Computer) in die Forderungen miteinbezogen. Erarbeitet und vorangetrieben wurde das Konzept einer »Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung« (NIKO) vor allem von den blockfreien Ländern, die bereits 1973 auf ihrer vierten Konferenz in Algier eine »Umorganisation der gegenwärtigen Kommunikationsflüsse, die ein Erbe der kolonialen Vergangenheit sind und die bislang eine freie, direkte und schnelle Kommunikation gehemmt haben«, forderten. Auf der 18. Generalversammlung der UNESCO 1974 in Paris entzündete sich ein Großteil der Diskussion an der Formel vom »freien Informationsfluß«, die – ebenso wie die Doktrin vom »freien Welthandel« – für die meisten Länder der Dritten Welt mangels eigener Informations- und Kommunikationsmittel praktisch bedeutungslos war. Präzisiert und auf internationaler Bühne umfassend präsentiert wurden die Forderungen nach einer NIKO

dann auf dem Symposium über Massenmedien der blockfreien Länder 1976 in Tunis. Der abschließende Bericht dieses Symposiums enthielt u.a. Vorschläge zur Einrichtung nationaler Nachrichtenagenturen, zum gemeinsamen Erwerb von Kommunikations-Satelliten und zur Kooperation auf allen Gebieten der Kommunikation. Ein erster praktischer Schritt in diese Richtung war die Gründung eines Nachrichtenagentur-Pools der blockfreien Länder im gleichen Jahr.

Je lauter die Forderung der Dritten Welt nach einer NIKO wurde, desto heftiger wurde auch der Widerstand auf Seiten der westlichen Industrieländer. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Kontroverse auf der 19. Generalversammlung der UNESCO 1976 in Nairobi, wo der Streit um die Verabschiedung einer neuen Mediendeklaration entbrannte. Die westlichen Industrieländer sahen insbesondere den freien Informationsfluß in Gefahr und warfen den Ländern der Dritten Welt vor, mit einer NIKO der staatlichen Zensur Tür und Tor zu öffnen. Einig wurde man sich lediglich über die Einsetzung einer *International Commission for the Study of Communication Problems*, der sogenannten MacBride-Kommission.

Der 1978 auf der 20. Generalversammlung der UNESCO in Paris neu vorgelegte, überarbeitete Entwurf der Mediendeklaration trug zwar immer noch einer Reihe von Kritikpunkten der Dritten Welt an der internationalen Medienpolitik Rechnung, in der letztlich angenommenen Fassung konnten sich jedoch die Industrieländer in allen wichtigen Punkten durchsetzen. Nur die Formel vom »freien Informationsfluß« konnte durch die Formel vom »freien Austausch und umfassenderer

und ausgewogenerer Verbreitung von Informationen« ersetzt werden, die Forderung nach einer NIKO wurde insgesamt aber abgeblockt.

Auch der 1980 auf der 21. Generalversammlung der UNESCO in Belgrad vorgelegte Bericht der MacBride-Kommission, der eine erste umfassende Analyse der Ungleichgewichte, Defizite und Abhängigkeiten in den internationalen Kommunikationsbeziehungen lieferte, brachte die Bemühungen der Dritten Welt nicht weiter. Die auf der Basis des MacBride-Reports geführte Debatte führte schließlich nur zur Einführung des *International Program for the Development of Communication* (IPDC), das Medienprojekte in der Dritten Welt fördern und zur Verbesserung des in der 78er Mediendeklaration geforderten gegenseitigen Austauschs von Informationen beitragen soll.

Als Instrument zur Errichtung einer NIKO kann das IPDC allerdings nicht dienen, da diesem Medienprogramm der UNESCO mit etwa 4.5 Millionen US-\$ nur verschwindend geringe Mittel zu Verfügung stehen, die kaum den Bedarf an Kommunikationsmitteln in der Dritten Welt decken dürften. Schließlich markierte der 1984 vollzogene Austritt der USA aus der UNESCO und ein Jahr später der Austritt Großbritanniens einen inoffiziellen Schlußstrich auch unter die Debatte über eine NIKO. In der Zukunft könnte sich die zehnjährige Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd sogar als »Minikonflikt« herausstellen, gemessen an den zu erwartenden Rivalitäten der Industrienationen untereinander um Besitz, Verfügung und Kontrolle der neuesten Informations- und Kommunikationstechnologien.

60er Jahre. Man meint, durch den Import westlicher Medientechnologien eine Entwicklung durch eine Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins zu erreichen. Dadurch werde die Änderung der Sozialstruktur hinfällig, die Herrschaft der Staatsklassen in der Dritten Welt könne stabilisiert werden, insbesondere dann, wenn eine ausreichende staatliche Kontrolle der Medien garantiert ist.

Vielleicht zeichnet Jayaweera ein zu düsteres Bild. Dennoch scheint es so, daß die Medienpolitik der Staatsklassen in der Dritten Welt und die starke Gewichtung des »Kontrollaspekts« in der internationalen Informationsdebatte von Vertretern der Dritten Welt eher das Herrschaftsinteresse von Eliten in den

Entwicklungsländern reflektieren als daß sie den Interessen der breiten Masse in diesen Ländern dienen.

Nationale oder internationale Gleichschaltung

Eine NWIKO könnte einen erheblichen Beitrag zum Frieden leisten, aber nur dann, wenn der Abbau der westlichen Vorherrschaft mit einer Demokratisierung und Dezentralisierung der Medienstrukturen auch in den Entwicklungsländern Hand in Hand geht. Anders gewendet: »Entwicklungsjournalismus«, verwirklicht durch eine staatlich kontrollierte Informationsverteilung, dient nur dann der Entwick-

lung, wenn die jeweilige Regierung auch im Dienste der Entwicklung steht. Solange dies in vielen Dritte-Welt-Ländern aber nicht der Fall ist, scheint die Alternative nur zu sein: Nationale oder internationale Gleichschaltung. Wer sich mit dieser Alternative nicht zufrieden gibt, der muß wohl einen doppelten Kampf führen, wie dies in der Klage eines ostafrikanischen Verlegers anklingt:

»Mein Kampf für intellektuelle Freiheit ist für mich wichtiger als der Kampf gegen Amerikanisierung. Meine Aufgabe ist zu versuchen ein System zu errichten, welches an die Möglichkeit von entwicklungspolitisch hilfreichen aber unabhängigen Meinungszentren glaubt. Aber die Vertreter der Dritten Welt in der UNESCO tun nichts, außer Regierungen zu stärken.«